



175 **Verordnung  
über das Naturschutzgebiet Oberes Wiesbachtal**

Vom 7. Juli 1988

Auf Grund des § 19 des Gesetzes über den Schutz der Natur und die Pflege der Landschaft (Saarländisches Naturschutzgesetz — SNG) vom 31. Januar 1979 (Amtsbl. Seite 147), geändert durch Gesetz vom 8. April 1987 (Amtsbl. Seite 569), verordnet der Minister für Umwelt — Oberste Naturschutzbehörde —:

§ 1

Bestimmung

Das in § 2 näher bezeichnete Gebiet wird zum Naturschutzgebiet bestimmt. Es trägt die Bezeichnung Naturschutzgebiet Oberes Wiesbachtal.

§ 2

Schutzgegenstand

(1) Das Naturschutzgebiet hat eine Größe von ca. 45 ha. Es umfaßt nach dem Stand vom Juli 1988

in der Gemeinde Nonnweiler, Gemarkung Mühlfeld

Flur 3, die Flurstücke Nr. 270, 1482/269, 1481/269, 1480/269, 267/2, 267/1, 267, 266, 265, 264/1, 262, 954/261, 204/1, 1058/206, 1059/206 sowie Teile der Flurstücke Nr. 194, 195/1, 199/1, 198/1, 1548/201, 1549/201 und 202;

Flur 2, die Flurstücke Nr. 529, 530, 531, 634, 635/1, 636 bis 640, 633, 632, 631, 643/1, 645/1, 646/1, 646/2, 646/3, 646/4, 646/5 sowie Teile der Flurstücke Nr. 525/2, 623/1 und 610/1;

in der Gemeinde Tholey, Gemarkung Hasborn-Dautweiler,

Flur 1, die Flurstücke Nr. 129/9 bis 139/9, 9/14, 143/9, 9/15, 148/9, 149/9, 9/19, 152/9 bis 155/9, 9/20, 161/9 bis 167/9, 9/18, 9/21, 170/9, 171/9, 9/22, 334/9, 177/9 bis 183/9, 303/9, 304/9, 9/30, 185/9, 9/31, 288/9, 190/9 bis 194/9, 9/32, 200/9, 201/9, 202/9, 9/33, 295/36, 296/36, 9/1, 107/9, 110/9, 111/9, 112/9, 9/23, 291/9, 292/9, 331/9, 332/9, 118/9 bis 123/9, 9/24, 325/9, 126/9 sowie Teile des Flurstückes Nr. 262/9 und

Flur 2, die Flurstücke Nr. 1/1, 337/2, 338/2, 364/3, 4/1, 6 bis 9, 76/2, 76/3, 14, 260/17, 318/18, 320/18, 77, 75/2, 83/2, 86, 88, 89, 342/94, 98/2, 267/100, 102/1, 283/245, 91, 39/2, 40, 41 sowie Teile der Flurstücke Nr. 17/1, 23/2, 311/121, 312/121, 127/2, 42, 43, 286/44, 287/44, 46/1, 47 bis 51, 52/1, 54, 56/1, 289/57, 255/59, 61/2, 64 bis 67 und 241/2.

(2) Das Gebiet ist in der anliegenden Übersichtskarte gekennzeichnet sowie in Flurkarten, Maßstab 1 : 1 250 und 1 : 2 000 mit roter Randsignatur dargestellt. Die Flurkarten werden beim Minister für Umwelt — Oberste Naturschutzbehörde —, Hardenbergstraße 8, 6600 Saarbrücken, verwahrt. Eine zweite Ausfertigung befindet sich bei der Unteren Naturschutzbehörde beim Landrat in St. Wendel, Mommstraße 25, 6690 St. Wendel. Die Katasterkarten können bei den genannten Behörden während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden.

(3) Das Naturschutzgebiet wird an den Hauptzugängen und, soweit zum Erkennen des Grenzverlaufes im Gelände

erforderlich, entlang dem Grenzverlauf durch Aufstellung des amtlichen Schildes „Naturschutzgebiet“ gekennzeichnet.

§ 3

Schutzzweck

Schutzzweck ist die Erhaltung, Förderung und Entwicklung eines stark gegliederten Biotopkomplexes aus Waldgesellschaften nasser bis feuchter Standorte, vielfältigen Hecken und Gebüschern, Hochstaudenflur und Pfeifengraswiesen.

Auf Grund seiner Struktur weist das Gebiet eine großes floristisches und faunistisches Artenspektrum mit einem hohen Anteil an seltenen und gefährdeten Arten auf.

§ 4

Verbote

(1) In dem Naturschutzgebiet sind alle Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Schutzgebietes oder seiner Bestandteile, zu einer nachhaltigen Störung oder zu einer Beeinträchtigung der Objekte der wissenschaftlichen Forschung und Lehre führen können.

(2) Im Bereich des Naturschutzgebietes ist insbesondere verboten,

1. das Betreten außerhalb der Wege sowie das Laufenlassen von Hunden;
2. bauliche Anlagen zu errichten, auch solche, die keiner Baugenehmigung oder Bauanzeige bedürfen;
3. Straßen, Wege oder Leitungen zu bauen sowie Anlagen dieser Art zu verändern;
4. Brach- und Grünland umzubrechen;
5. Pflanzen zu entfernen oder in anderer Weise zu schädigen;
6. nicht jagdbare wildlebende Tiere mutwillig zu beunruhigen, zu fangen oder zu töten sowie Puppen, Larven, Eier oder Brut- und Wohnstätten solcher Tiere fortzunehmen oder zu beschädigen;
7. Wald flächenhaft zu nutzen;
8. Aufforstungen vorzunehmen;
9. Pflanzen und Tiere einzubringen;
10. Bodenbestandteile abzubauen, Sprengungen oder Grabungen vorzunehmen, Schutt oder Bodenbestandteile einzubringen oder die Bodengestalt auf andere Weise zu verändern oder zu beschädigen;
11. das Ein- oder Ableiten von Oberflächen- oder Grundwasser, einschließlich Drainage;
12. zu zelten, Wohnwagen aufzustellen, zu lagern, zu baden, Feuer anzumachen, Wagen und Krafträder zu parken;
13. das Weiden von Vieh;
14. die Verwendung von Düngemitteln (einschließlich organischer), Herbiziden, Insektiziden, Fungiziden oder anderen chemischen Mitteln sowie das Einbringen von Klärschlamm;
15. das Abbrennen;
16. Bild- oder Schrifttafeln anzubringen, soweit sie nicht auf den Schutz des Gebietes hinweisen.

§ 5

Anzeigepflicht

Änderungen der Eigentums-, Besitz- und Nutzungsverhältnisse sind der Obersten Naturschutzbehörde anzuzeigen.

§ 6

Zulässige Handlungen

§ 4 gilt nicht

1. für die ordnungsgemäße forstwirtschaftliche Bodennutzung im bisherigen Umfang. Bei dieser Nutzung müssen die Verbote des § 4 Abs. 2, Ziffern 4, 7, 8, 10, 11, 14 und 15 eingehalten werden. Zulässig bleibt die femelschlagartige, im Uferbereich der Gewässer die plenterartige Nutzung. Nicht-standort-gerechte Altholzbestände können flächig geerntet werden; auf diesen genutzten Flächen darf zur Aufforstung die natürliche Waldgesellschaft des Standortes künstlich begründet werden.

Auf den Grundstücken der Gemarkung Mühlfeld, Flur 2, Flurstück Nr. 623/1 und 610/1 (jeweils Teilfläche) sind abweichend von Satz 2 Aufforstungen mit auf diesen Standorten natürlich vorkommenden Baumarten zulässig. Auf den übrigen Waldflächen darf nur Naturverjüngung erfolgen.

2. für die extensive landwirtschaftliche Nutzung als Dauergrünland. Bei dieser Nutzung müssen die Verbote des § 4 Abs. 2 Ziffern 4, 10, 11, 13, 14 und 15 eingehalten werden. Ackerflächen können zu Grünlandflächen umgewandelt werden.
3. für die sonstige, bisher rechtmäßig ausgeübte Nutzung der Grundstücke, Gewässer und Wege sowie der rechtmäßig bestehenden Einrichtungen (einschließlich der Jagd) in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang, soweit dies dem Schutzzweck nicht zuwiderläuft. Dies gilt auch für die erforderliche Unterhaltung und Instandsetzung rechtmäßig bestehender Einrichtungen und baulicher Anlagen.

Erforderliche Arbeiten sollen mit Rücksicht auf die Brut- und Laichzeit nicht ohne zwingenden Grund in der Zeit vom 15. Februar bis 30. September durchgeführt werden.

§ 7

Schutz- und Pflegemaßnahmen

Die Oberste Naturschutzbehörde kann Schutz- und Pflegemaßnahmen anordnen, wenn dies zur Wahrung des Schutzzweckes erforderlich ist.

§ 8

Befreiung

Von den Vorschriften dieser Verordnung kann von der Obersten Naturschutzbehörde auf Antrag Befreiung erteilt werden, wenn die in § 34 Abs. 2 des Saarländischen Naturschutzgesetzes genannten Voraussetzungen erfüllt sind.

§ 9

Beseitigung von Beeinträchtigungen

Bei Inkrafttreten dieser Verordnung vorhandene Beeinträchtigungen des Schutzzweckes sind auf Anordnung der Obersten Naturschutzbehörde zu beseitigen, sofern die Beseitigung zumutbar ist.

§ 10

Duldungspflicht

Die Eigentümer von Flurstücken innerhalb des Naturschutzgebietes haben zu dulden, daß in das Liegenschaftskataster der Hinweis „Naturschutzgebiet“ aufgenommen wird.

§ 11

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 38 Abs. 1 Nr. 9 Saarländisches Naturschutzgesetz handelt, wer in dem Naturschutzgebiet vorsätzlich oder fahrlässig eine der in § 4 dieser Verordnung verbotenen Handlungen vornimmt.

§ 12

Inkrafttreten

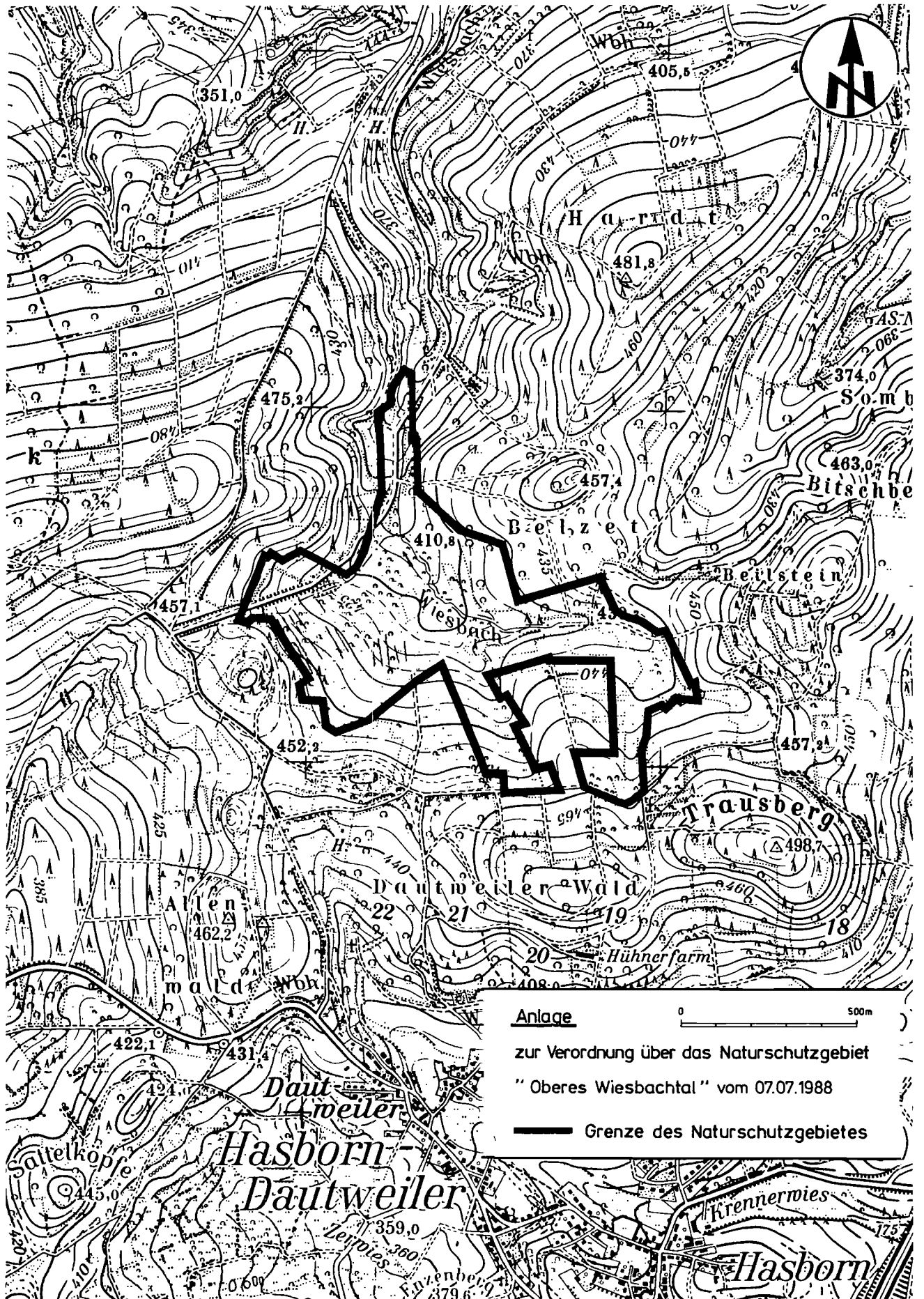
Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Amtsblatt des Saarlandes in Kraft.

Saarbrücken, den 7. Juli 1988

**Der Minister für Umwelt**

— Oberste Naturschutzbehörde —

Leinen





# Amtsblatt des Saarlandes

Herausgegeben vom Chef der Staatskanzlei

1996	Ausgegeben zu Saarbrücken, 9. Dezember 1996	Nr. 54
------	---	--------

## Inhalt

<b>I. Amtliche Texte</b>	Seite
Gesetz Nr. 1381 zur Kommunalisierung unterer Landesbehörden (KomLbG). Vom 27. November 1996 ...	1313

## I. Amtliche Texte

295 **Gesetz Nr. 1381**  
**zur Kommunalisierung unterer Landesbehörden**  
**(KomLbG)**

Vom 27. November 1996

Der Landtag des Saarlandes hat folgendes Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

### Artikel 1

Neuordnung der Aufgaben der landrätlichen Verwaltung

#### § 1

- (1) Der Landrat erfüllt die Aufgaben der
1. Kommunalaufsicht über die kreisangehörigen Gemeinden nach Maßgabe der Vorschriften des Kommunal selbstverwaltungsgesetzes und der Aufsicht über die Zweckverbände nach Maßgabe der Vorschriften des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit,
  2. Kreispolizeibehörde nach Maßgabe der Vorschriften des Saarländischen Polizeigesetzes,
  3. Schulaufsicht nach Maßgabe des § 55 des Gesetzes zur Ordnung des Schulwesens im Saarland

weiterhin als untere staatliche Verwaltungsbehörde.

(2) Der Landrat erfüllt außerdem diejenigen Aufgaben, die ihm als untere staatliche Verwaltungsbehörde durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes übertragen werden.

(3) Für den Stadtverbandspräsidenten gelten die Absätze 1 und 2, für die Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Saarbrücken und der kreisfreien Städte Absatz 1 Nr. 2 und 3 und Absatz 2 entsprechend.

#### § 2

(1) Die bisher vom Landrat als untere staatliche Verwaltungsbehörde über die Aufgaben nach § 1 hinaus wahrgenommenen Aufgaben werden mit Inkrafttreten dieses Gesetzes dem Landkreis als staatliche Aufgaben (Auftragsangelegenheiten) übertragen.

(2) Absatz 1 gilt für den Stadtverbandspräsidenten sowie die Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Saarbrücken, der kreisfreien Städte und der Mittelstädte mit der Maßgabe entsprechend, daß an ihre Stelle der Stadtverband Saarbrücken, die Landeshauptstadt Saarbrücken, die kreisfreien Städte und die Mittelstädte treten.

### Artikel 2

Kommunalisierung der Staatlichen Gesundheitsämter, der Veterinärämter und des Gewerbe- und Lebensmittelkontrolldienstes

#### § 1

Gesundheitsämter

(1) Die Staatlichen Gesundheitsämter werden in die Landkreise und den Stadtverband Saarbrücken eingegliedert. Die Gemeindeverbände erfüllen die Aufgaben der Gesundheits-

wurde. Die kommunale Gebietskörperschaft ist verpflichtet, sich an den Grundstücksunterhaltungskosten nach dem Umfang der Mitbenutzung zu beteiligen. Welche Nutzung des Verwaltungsgrundstückes überwiegt, entscheidet im Zweifelsfalle die Landesfinanzverwaltung im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern und der jeweils zuständigen obersten Landesbehörde.

(3) Wird das nach Absatz 1 übergegangene Grundstück seinem bisherigen Zweck als Verwaltungsgrundstück ganz oder überwiegend entfremdet und nicht mehr für Verwaltungszwecke der kommunalen Gebietskörperschaft verwendet, so kann das Land innerhalb eines Jahres verlangen, daß ihm das Eigentum an den Verwaltungsgrundstücken entschädigungslos zurückübertragen wird. Absatz 1 Satz 1 ist entsprechend anzuwenden.

(4) Die oberste Kommunalaufsichtsbehörde beantragt die nach Absatz 1 und 3 erforderliche Berichtigung des Grundbuches und anderer öffentlicher Bücher. Zum Nachweis des Eigentums gegenüber dem Grundbuchamt genügt die mit dem Amtssiegel versehene Bestätigung der obersten Kommunalaufsichtsbehörde, daß das Eigentum dem neuen oder früheren Eigentümer zusteht.

(5) Rechtshandlungen, die aus Anlaß der Kommunalisierung unterer Landesbehörden erforderlich werden, sind frei von öffentlichen Abgaben. Das gleiche gilt für die Berichtigung, Löschung und sonstigen Eintragungen in öffentlichen Büchern.

(6) Das bewegliche Vermögen von unteren Landesbehörden, insbesondere die Einrichtungsgegenstände, geht zum Zeitpunkt der Kommunalisierung entschädigungslos in das Eigentum der kommunalen Gebietskörperschaft über.

## Artikel 10

### Anpassung anderer Rechtsvorschriften

#### § 1

(1) Soweit in den in der Anlage 1 zu diesem Gesetz aufgeführten Rechtsvorschriften der Landrat/die Landräte als allgemeine oder besondere untere staatliche Verwaltungsbehörden, der Stadtverbandspräsident oder die Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Saarbrücken, der kreisfreien Städte oder der Mittelstädte für die Erfüllung bestimmter Aufgaben für zuständig erklärt sind, wird die jeweilige Regelung dahingehend geändert, daß an die Stelle der bisher zuständigen Behörden in demselben Umfang die Landkreise, der Stadtverband Saarbrücken, die Landeshauptstadt Saarbrücken, die kreisfreien Städte oder die Mittelstädte treten.

(2) Soweit in den in der Anlage 2 zu diesem Gesetz aufgeführten Rechtsvorschriften einzelne Verwaltungsorgane, die Aufgaben der unteren staatlichen Verwaltungsbehörde wahrnehmen, (Landrat/Landräte, Stadtverbandspräsident, Oberbürgermeister) in Verbindung mit ihrem Amtsbezirk oder Amtssitz bestimmt wurden, werden die Regelungen dahingehend geändert, daß an ihre Stelle im bisherigen Umfang die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes jeweils zugeordneten Gebietskörperschaften als solche treten. Gleiches gilt, soweit die zuständige Behörde nicht durch die Person des Amtsträgers, sondern durch das Amt als solches bestimmt wurde.

(3) Die in der Anlage 3 zu diesem Gesetz aufgeführten Rechtsvorschriften, die bisher nicht förmlich an die Rechtsfolgen der Gründung und Aufgabenstellung des Stadtverbandes Saarbrücken gemäß §§ 51 und 58 Abs. 1 des Neugliederungsgesetzes und an die am 1. Januar 1979 in Kraft getretene Vorschrift des Artikels 5 des Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 12. Juli 1978 (Amtsbl. S. 690) angepaßt wurden, werden dahingehend geändert, daß jeweils im bisherigen Umfang an die Stelle des Landrats/der Landräte (als untere staatliche Verwaltungsbehörde(n)) sowie der Oberbürgermeister der kreisfreien Städte die Landkreise und der Stadtverband Saarbrücken sowie die Landeshauptstadt Saarbrücken und die kreisfreien Städte treten, sofern für diese eine Zuständigkeit nicht bereits durch Zuweisung der Aufgabe oder Befugnis auch an die Gemeinden oder die Bürgermeister begründet ist.

(4) Soweit in den in der Anlage 4 zu diesem Gesetz aufgeführten Gesetzen neben dem Landrat/den Landräten als untere(n) staatliche(n) Verwaltungsbehörde(n) eine Zuständigkeit des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Saarbrücken für das gesamte Gebiet des Stadtverbandes begründet ist, wird die jeweilige Regelung dahingehend geändert, daß an ihre Stelle der Landkreis/die Landkreise und die Landeshauptstadt Saarbrücken treten. Bei vor dem 1. Januar 1979 in Kraft getretenen Gesetzen wird die entsprechende Formulierung im Hinblick auf Artikel 5 des Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 12. Juli 1978 (Amtsbl. S. 690) dahingehend geändert, daß nach der Zuständigkeit der Landkreise die Worte „der Stadtverband Saarbrücken, die Landeshauptstadt Saarbrücken und die kreisfreien Städte“ eingefügt werden. Die gesonderte Nennung der beiden Letztgenannten entfällt, wenn ohnehin eine Zuständigkeit der (Ober) Bürgermeister oder Gemeinden festgelegt ist.

(5) Absatz 4 gilt für Zuständigkeitsregelungen in den in der Anlage 5 zu diesem Gesetz aufgeführten Rechtsverordnungen entsprechend. Dies gilt auch für Rechtsverordnungen, welche die Landesregierung vor dem Inkrafttreten von Artikel 80 Abs. 4 des Grundgesetzes (15. November 1994) aufgrund bundesgesetzlicher Ermächtigung erlassen hat.

(6) Soweit in den in der Anlage 6 zu diesem Gesetz aufgeführten Rechtsvorschriften allgemein die unteren staatlichen Verwaltungsbehörden der allgemeinen Landesverwaltung für zuständig erklärt sind, werden die betreffenden Vorschriften dahingehend geändert, daß an deren Stelle die Landkreise, der Stadtverband Saarbrücken, die Landeshauptstadt Saarbrücken und die kreisfreien Städte treten.

(7) Das Ministerium der Justiz wird ermächtigt, die Änderung von Rechtsvorschriften durch die Absätze 1 bis 6 sowie die §§ 2 und 3 im Rahmen der Fortführung der Bereinigten Sammlung des Saarländischen Landesrechts (BS) sukzessive in die jeweiligen Texte einzuarbeiten und dabei Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen.

#### § 2

In Rechtsvorschriften des Landes wird das Wort „Staatlich“ vor den Worten „Gesundheitsamt“ bzw. „Gesundheitsämter“ oder „Amtsarzt“ in der jeweiligen sprachlichen Form gestrichen.



(40) § 1 Nr. 3 der Verordnung über die Zuständigkeiten nach dem Tierschutzgesetz vom 7. Oktober 1987 (Amtsbl. S. 1185), geändert durch die Verordnung vom 24. Februar 1994 (Amtsbl. S. 607) in Verbindung mit Nummer 885 der Anlage zum Gesetz vom 26. Januar 1994 (Amtsbl. S. 509) -BS-Nr. 7833-1-, wird wie folgt neu gefaßt:

„3. im übrigen die Landkreise und der Stadtverband Saarbrücken; diesen obliegen auch die Verfolgung und Ahndung der auf das Tierschutzgesetz bezogenen Ordnungswidrigkeiten.“

(41) In § 28 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes über den Schutz der Natur und die Pflege der Landschaft (Saarländisches Naturschutzgesetz -SNG-) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1993 (Amtsbl. S. 346, ber. S. 482) -BS-Nr. 791-14- werden die Worte „oder auf die unteren Naturschutzbehörden“ gestrichen.

(42) Die Verordnung über die Beiräte und Beauftragten für Naturschutz vom 1. Oktober 1979 (Amtsbl. S. 936), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 26. Januar 1994 (Amtsbl. S. 509) -BS-Nr. 791-14-3-, wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
  - a) In Buchstabe b wird das Wort „Landrat“ durch das Wort „Landkreis“ ersetzt.
  - b) In Buchstabe c werden die Worte „Stadtverbandspräsidenten des Stadtverbandes“ durch das Wort „Stadtverband“ ersetzt.
  - c) In Buchstabe d werden die Worte „beim Oberbürgermeister“ durch das Wort „bei“ ersetzt.

2. § 3 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt neu gefaßt:  
 „Die Berufung der Mitglieder der übrigen Beiräte und ihrer persönlichen Vertreter erfolgt im Falle des § 2 Abs. 1 Buchstabe b bis d durch die jeweilige Gebietskörperschaft.“

(43) In § 1 Abs. 2 und 4 der Verordnung über die Zuständigkeiten von Behörden nach dem Personenbeförderungsgesetz vom 10. August 1961 (Amtsbl. S. 521), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 24. Februar 1994 (Amtsbl. S. 607) in Verbindung mit Nummer 212 der Anlage zum Gesetz vom 26. Januar 1994 (Amtsbl. S. 509) -BS-Nr. 922-1-, werden jeweils die Worte „die untere Verwaltungsbehörde“ durch die Worte „die Landkreise, der

Stadtverband Saarbrücken, die Landeshauptstadt Saarbrücken und die kreisfreien Städte“ ersetzt.

**Artikel 11**

Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang

Die auf den Artikeln 1, 2 und 10 beruhenden Teile der dort geänderten Rechtsverordnungen können aufgrund der jeweils einschlägigen Ermächtigung weiterhin durch Rechtsverordnung geändert oder aufgehoben werden.

**Artikel 12**

Neufassung des Landesorganisationsgesetzes und des Kommunalselbstverwaltungsgesetzes

Das Ministerium des Innern kann den Wortlaut des Landesorganisationsgesetzes und des Kommunalselbstverwaltungsgesetzes in der vom Inkrafttreten dieses Gesetzes an geltenden Fassung im Amtsblatt des Saarlandes bekanntmachen; dabei sind die Personen- und Amtsbezeichnungen des Kommunalselbstverwaltungsgesetzes in der weiblichen und männlichen Form zu verwenden.

Die Ermächtigung zur Neufassung des Landesorganisationsgesetzes erstreckt sich auch auf die durch Rechtsverordnungen vorgenommenen Änderungen der Landesorganisation.

**Artikel 13**

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1997 in Kraft.

Saarbrücken, den 29. November 1996

**Die Regierung des Saarlandes**

Für Lafontaine Krajewski	Wittling
Läpple	Wackernagel-Jacobs
Krajewski	Prof. Leonhardt
Für Dr. Walter Läpple	

§ 102 Abs. 2	Saarländisches Wassergesetz	(BS-Nr. 753-1)
§ 1 Abs. 2	Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Wasch- und Reinigungsmittelgesetz	(BS-Nr. 753-7)
§ 2	Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Düngemittelgesetz	(BS-Nr. 7820-1)
§ 2	Verordnung über die Zuständigkeiten nach dem Saatgutverkehrsgesetz	(BS-Nr. 7822-1)
§ 2	Verordnung über die Zuständigkeiten nach dem Pflanzenschutzgesetz	(BS-Nr. 7823-1)
§ 3 Abs. 2 Satz 1	wie vor	
§ 28 Abs. 1 Satz 2	Saarländisches Naturschutzgesetz	(BS-Nr. 791-14)
§ 2	Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Bundesnaturschutzgesetz	(BS-Nr. 791-24)
§ 2 Abs. 2	Saarländisches Jagdgesetz	(BS-Nr. 792-1)
§ 47 Abs. 2	Saarländisches Fischereigesetz	(BS-Nr. 793-1)
§ 52 Abs. 4	wie vor	
§ 2	Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über die Beförderung gefährlicher Güter	(BS-Nr. 923-7)
Artikel 4 Abs. 1	Gesetz über die Zustimmung zum Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland	(BS-Nr. Anhang 58)

**Anlage 2 (zu Artikel 10 § 1 Abs. 2)**

Anwendungsfälle für Absatz 2 sind:

§ 12 Abs. 2 Buchstabe b	Feiertagsgesetz	(BS-Nr. 1131-1)
§ 1 Abs. 3 Satz 1	Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Baugesetzbuch und dem Maßnahmengesetz zum Baugesetzbuch	(BS-Nr. 2130-5)
§ 11 Abs. 1 Buchstabe b	Saarländisches Sammlungsgesetz	(BS-Nr. 2184-1)
§ 1 Abs. 2 Satz 2	Verordnung über das Denkmalschutzgebiet „Am Staden“ in der Landeshauptstadt Saarbrücken	(BS-Nr. 224-5-2)
§ 1 Abs. 3 Satz 2	Verordnung über die Festsetzung eines Grabungsschutzgebietes in Gersheim, Gemarkung Reinheim	(BS-Nr. 224-5-3)
§ 1 Abs. 3 Satz 2	Verordnung über die Festsetzung eines Grabungsschutzgebietes in Tholey, Gemarkung Tholey	(BS-Nr. 224-5-4)
§ 1 Abs. 3 Satz 2	Verordnung über die Festsetzung eines Grabungsschutzgebietes in Borg, Gemeinde Perl	(BS-Nr. 224-5-5)
§ 2 Abs. 6	Verordnung über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes betr. die Wassergewinnungsanlage der Gemeinde Beckingen	(BS-Nr. 753-1-6)
§ 7 Abs. 1	wie vor	
§ 8	wie vor	
II. Nr. 2 Satz 2	Wasserschutzgebietsverordnung Mutterbachtal	(BS-Nr. 753-1-9)
II. Satz 6	wie vor (Ormesheim)	(BS-Nr. 753-1-10)
II. Nr. 2 Satz 2 Nr. 2 u. 3	wie vor (Schiffweiler)	(BS-Nr. 753-1-11)
III. D	wie vor	



§ 2 Abs. 5 Nr. 2 u. 3	wie vor (Vorm Weier)	(BS-Nr. 753-1-56)
§ 4 Abs. 1	wie vor	
§ 2 Abs. 5 Nr. 2 u. 3	wie vor (Quelle Honigwies)	(BS-Nr. 753-1-57)
§ 4 Abs. 1	wie vor	
§ 2 Abs. 5 Nr. 3 u. 4	wie vor (Quelle Schönacker)	(BS-Nr. 753-1-58)
§ 4 Abs. 1	wie vor	
§ 2 Abs. 6 Nr. 4 u. 5	wie vor (Meiwies und Rohrbacher Wiesen)	(BS-Nr. 753-1-59)
§ 4 Abs. 1	wie vor	
§ 2 Abs. 6 Nr. 3 bis 6	wie vor (Saarbrücken/Scheidter Tal)	(BS-Nr. 753-1-60)
§ 7 Abs. 1	wie vor	
§ 8	wie vor	
§ 2 Abs. 5 Nr. 3 u. 4	wie vor (Kastel)	(BS-Nr. 753-1-62)
§ 6 Abs. 1	wie vor	
§ 2 Abs. 5 Nr. 3 u. 4	wie vor (Sitzerath)	(BS-Nr. 753-1-63)
§ 6 Abs. 1	wie vor	
§ 2 Abs. 3 Nr. 1 u. 2	Verordnung über die vorläufige Anordnung eines Überschwemmungsgebietes im Bliestal im Bereich der Kreisstädte Neunkirchen und Homburg, der Städte Bexbach und Blieskastel sowie der Gemeinden Kirkel und Gersheim	(BS-Nr. 753-1-64)
§ 3 Abs. 1	wie vor	
§ 2 Abs. 5 Satz 2	Verordnung über die Einschränkung des Gemein-, Eigentümer- und Anliegergebrauchs an der Nied von der Einmündung des Remelbaches bei Niedaltdorf bis zur Mündung in die Saar	(BS-Nr. 753-1-66)
§ 4	Erste Verordnung zur Durchführung des Weinggesetzes	(BS-Nr. 7845-4)
§ 10 Abs. 2	wie vor	
§ 3 Abs. 2	Zweite Verordnung zur Durchführung des Weinggesetzes	(BS-Nr. 7845-5)
§ 4 Abs. 1 Satz 1	wie vor	
§ 5 Satz 1	wie vor	
§ 7 Abs. 1	wie vor	
§ 8 Abs. 3 u. 4	wie vor	
§ 11 Abs. 2	wie vor	
§ 3	Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutze von Landschaftsteilen im Saarland	(BS-Nr. 791-1a)
§ 2 Abs. 2 Buchstabe a	wie vor („Jägersburger Moor“)	(BS-Nr. 791-5)
§ 2 Abs. 2 Buchstabe a	wie vor („Letschenfeld“)	(BS-Nr. 791-6)
§ 2 Abs. 2 Buchstabe a	wie vor („Badstube“)	(BS-Nr. 791-9)
§ 2 Abs. 2 Buchstabe a	wie vor („Welles-Zweibachtal“)	(BS-Nr. 791-10)

§ 2 Abs. 2 Buchstabe c	wie vor („Geisweilerweiher“)	(BS-Nr. 791-11)
§ 2 Abs. 2 Buchstabe a	wie vor („Wacholderberg“)	(BS-Nr. 791-13)
§ 2 Abs. 3	Verordnung über den Naturpark Saar-Hunsrück	(BS-Nr. 791-14-4)
§ 2 Abs. 2 Satz 2	„Naturschutzverordnung Schloßberg bei Hofeld“	(BS-Nr. 791-16)
§ 2 Abs. 2 Satz 2	wie vor („Heiligenkopf“)	(BS-Nr. 791-19)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Taffingstal“)	(BS-Nr. 791-25)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Beruser Kalksteinbruch“)	(BS-Nr. 791-26)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Weiherbach und Rohrbachwiesen“)	(BS-Nr. 791-27)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Beierwies“)	(BS-Nr. 791-28)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Oberthaler Bruch“)	(BS-Nr. 791-29)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Am Guldenfeld“)	(BS-Nr. 791-30)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Bostalsee“)	(BS-Nr. 791-31)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Hundscheiderbachtal“)	(BS-Nr. 791-32)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Engelgrund-Girtelwiese“)	(BS-Nr. 791-33)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Birzberg“)	(BS-Nr. 791-34)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Die Ruthenstücker“)	(BS-Nr. 791-35)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Limbacher Sanddüne“)	(BS-Nr. 791-36)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Kirkeler Bachtal“)	(BS-Nr. 791-43)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Noswendeler Bruch“)	(BS-Nr. 791-44)
§ 2 Abs. 3	wie vor (Erweiterung des Naturparks Saar-Hunsrück)	(BS-Nr. 791-45)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Erweiterung Hundscheider Bachtal“)	(BS-Nr. 791-46)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Ruwerbachtal“)	(BS-Nr. 791-47)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („In Geiern“)	(BS-Nr. 791-50)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Eulenmühle“)	(BS-Nr. 791-51)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Geißenfels“)	(BS-Nr. 791-52)

§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Himsklamm“)	(BS-Nr. 791-53)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Unteres Wahnbachtal-Kirmesbruch“)	(BS-Nr. 791-54)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Lambsbachtal“)	(BS-Nr. 791-55)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Südl. Klapperberg-Im Schachen“)	(BS-Nr. 791-56)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Großbirkel-Hungerberg“)	(BS-Nr. 791-57)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Kuhnenwald-Huhngrund“)	(BS-Nr. 791-58)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Ruhbachtal“)	(BS-Nr. 791-59)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Tongrube Dirmingen“)	(BS-Nr. 791-60)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Oberes Wiesbachtal“)	(BS-Nr. 791-61)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Leitersweiler Buchen-Tiefenbachtal- Osterwiesen“)	(BS-Nr. 791-63)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Kleberbachtal“)	(BS-Nr. 791-64)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Holzbachtal“)	(BS-Nr. 791-65)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Höllengraben“)	(BS-Nr. 791-66)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Saarhölzbachtal-Zunkelsbruch“)	(BS-Nr. 791-67)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Lohbergerbachtal-Bauernkuppe“)	(BS-Nr. 791-68)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Bardenbacher Fels-Primsaue-Junger Hirschkopf“)	(BS-Nr. 791-69)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Frohnsbachtal-Geißbachtal“)	(BS-Nr. 791-70)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Moosbruch“)	(BS-Nr. 791-71)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Steinbrüche Hirst- und Gassenheck“)	(BS-Nr. 791-72)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Primsaue und Hangwald bei Überlosheim“)	(BS-Nr. 791-73)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Niedschleife“)	(BS-Nr. 791-74)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Closenbruch“)	(BS-Nr. 791-75)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Im Glashüttental/Rohrbachtal“)	(BS-Nr. 791-76)

§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Oberes Merchtal“)	(BS-Nr. 791-77)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Neuhäuseler Arm“)	(BS-Nr. 791-78)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Bei der Knorscheider Mühle“)	(BS-Nr. 791-79)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Zwischen Klostertal und Erzentäl“)	(BS-Nr. 791-80)
§ 2 Abs. 2 Satz 3	wie vor („Dollberg“)	(BS-Nr. 791-81)
§ 1 Abs. 3 Satz 3	wie vor („Steinbachtal westl. Saarschleife“)	(BS-Nr. 791-82)
§ 1 Abs. 3 Satz 3	wie vor („Steinbachaue bei Dörsdorf“)	(BS-Nr. 791-83)
§ 1 Abs. 3 Satz 3	wie vor („Kalbenberg“)	(BS-Nr. 791-84)
§ 1 Abs. 3 Satz 3	wie vor („Erweiterung Beruser Kalksteinbruch“)	(BS-Nr. 791-85)
§ 1 Abs. 3 Satz 3	wie vor („Schloßhübel“)	(BS-Nr. 791-86)
§ 1 Abs. 3 Satz 3	wie vor („Felsbachtal“)	(BS-Nr. 791-87)
§ 1 Abs. 3 Satz 3	wie vor („Saarsteilhänge am Kaiserweg“)	(BS-Nr. 791-88)
§ 1 Abs. 3 Satz 3	wie vor („Zwischen den Lachen-Am Weißrech-Hardt“)	(BS-Nr. 791-89)
§ 1 Abs. 3 Satz 3	wie vor („Erweiterung Neuhäuseler Arm“)	(BS-Nr. 791-90)
§ 1 Abs. 3 Satz 3	wie vor („Schatterberg/Primsaue Schartenmühle“)	(BS-Nr. 791-91)
§ 1 Abs. 3 Satz 3	wie vor („Hammelsberg“)	(BS-Nr. 791-92)
§ 1 Abs. 3 Satz 3	wie vor („Blieswiesen Niederlinxweiler/Ottweiler“)	(BS-Nr. 791-93)
§ 1 Abs. 3 Satz 3	wie vor („Bliesau zwischen Blieskastel und Bliesdalheim“)	(BS-Nr. 791-94)
§ 1 Abs. 3 Satz 3	wie vor („Bistaue-Landesgrenze“)	(BS-Nr. 791-95)
§ 1 Abs. 3 Satz 3	wie vor („Labachtal-Lauberberghang“)	(BS-Nr. 791-96)
§ 1 Abs. 3 Satz 3	wie vor („Erweiterung Eulenmühle-Welschwies-“)	(BS-Nr. 791-97)
§ 1 Abs. 3 Satz 3	Verordnung über das Naturschutzgebiet „Wolferskopf“ (2. Erweiterung)	(BS-Nr. 791-98)
§ 1 Abs. 3 Satz 3	Verordnung über das Naturschutzgebiet Allmendwald	(BS-Nr. 791-100)
§ 2 Abs. 2	Verordnung über die zweite Erweiterung des Naturparks Saar-Hunsrück	(BS-Nr. 791-102)

§ 1 Abs. 3 Satz 3	Verordnung über das Naturschutzgebiet Breitborner Floß	(BS-Nr. 791-103)
§ 1 Abs. 3 Satz 3	Verordnung über das Naturschutzgebiet Bruchwald südlich Selbach	(BS-Nr. 791-104)
§ 1 Abs. 3 Satz 3	Verordnung über das Naturschutzgebiet Schwalbaue	(BS-Nr. 791-105)
§ 2 Abs. 3 Satz 3	Verordnung über das Naturschutzgebiet Südhang Hohe Berg	(BS-Nr. 791-106)
§ 1 Abs. 3 Satz 3	Verordnung über den „Laichschonbezirk Flachwasserzone bei Fraulautern“	(BS-Nr. 793-1-8)
§ 1 Abs. 3 Satz 3	Verordnung über den „Laichschonbezirk Feuchtbiotop bei Rehlingen“	(BS-Nr. 793-1-9)
§ 1 Abs. 3 Satz 3	Verordnung über den „Laichschonbezirk Altarm bei Ensdorf“	(BS-Nr. 793-1-10)
§ 9 Abs. 1 Nr. 3 Buch- stabe b	Verordnung über die Fischerei in den Grenzgewässern Mosel, Sauer und Our	(BS-Nr. 793-6)
§ 11 Abs. 2	wie vor	
§ 2	Verordnung über Zuständigkeiten nach der Straßenverkehrsordnung	(BS-Nr. 921-5)

### Anlage 3 (zu Artikel 10 § 1 Abs. 3)

Anwendungsfälle für Absatz 3 sind:

Art. 1 Nr. 1 § 2	Gesetz über Zuständigkeiten nach dem Staatsangehörigkeitsrecht	(BS-Nr. 2010-2)
Art. 1 Nr. 9 § 2	Gesetz über Zuständigkeiten im Schornsteinfegerwesen	(BS-Nr. 2010-2)
§ 1 Nr. 2	Verordnung über die Befugnis zur amtlichen Beglaubigung	(BS-Nr. 2010-5-1)
§ 6 Abs. 1	Verordnung zur Durchführung des Personenstandsgesetzes	(BS-Nr. 211-2)
§ 1	Verordnung über Zuständigkeiten nach der Durchführungsverordnung zum Vereinsgesetz	(BS-Nr. 2180-2)
§ 1 Nr. 2	Lotterieverordnung	(BS-Nr. 2185-7)
§ 1 Abs. 2 Satz 2 und 3	Vierte Verordnung zur Durchführung des Häftlingshilfegesetzes	(BS-Nr. 242-1)
§ 1 Abs. 1	Verordnung zur Übertragung der Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Berufsbildungsgesetz und der Handwerksordnung	(BS-Nr. 7123-2)
§ 10 Abs. 1 Satz 1 und 2	Gehöferschaftsgesetz	(BS-Nr. 790-7)
§ 1	Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Fahrlehrergesetz	(BS-Nr. 9210-1)
§ 1 Abs. 3	Verordnung über die Zuständigkeiten von Behörden nach dem Personenbeförderungsgesetz	(BS-Nr. 922-1)



# Amtsblatt des Saarlandes

Herausgegeben vom Chef der Staatskanzlei

## Teil I

2015	Ausgegeben zu Saarbrücken, 10. Dezember 2015	Nr. 36
------	--	--------

### Hinweis

Erster Erscheinungstermin des Amtsblattes Teil I für das Jahr 2016 ist der **14. Januar 2016**.  
Der Annahmeschluss für Texte, die an diesem Termin erscheinen sollen, ist der **6. Januar 2016, 12.00 Uhr**.

*Verordnung über das NSG  
„Wiesenlandschaft bei Überroth“ (N 6407-307 /  
Teilflächen 1 und 3) vom 25.11.2015*

### Inhalt

	Seite
<b>A. Amtliche Texte</b>	
Gesetz Nr. 1872 Gesetz über die Zustimmung zum Siebzehnten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Siebzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag). Vom 11. November 2015.....	903
Gesetz Nr. 1873 Gesetz über die Zustimmung zum Achtzehnten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Achtzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag). Vom 11. November 2015.....	911
Gesetz Nr. 1878 2. Gesetz zur organisationsrechtlichen Anpassung und Entfristung von Vorschriften des Landesrechts. Vom 1. Dezember 2015.....	913
Gesetz Nr. 1877 zur Novellierung des Saarländischen Mediengesetzes. Vom 1. Dezember 2015.....	913
Gesetz Nr. 1876 zur Änderung des Amtsblattgesetzes. Vom 1. Dezember 2015.....	932



Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Wiesen bei Wadrill und Sitzersath“ (L 6307-301). Vom 24. November 2015 .....	933
Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Wiesenlandschaft bei Überroth“ (L 6407-307/Teilflächen 2, 4 und 5). Vom 25. November 2015 .....	941
<b>Verordnung über das Naturschutzgebiet „Wiesenlandschaft bei Überroth“ (N 6407-307/Teilflächen 1 und 3). Vom 25. November 2015 .....</b>	<b>949</b>
Verordnung über die Änderung der Verordnung vom 1. März 1952 zum Schutz von Landschaftsteilen im Saarland. Vom 25. November 2015 .....	957
Verordnung zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Baugesetzbuch. Vom 24. November 2015 .....	959
Verordnung zur organisationsrechtlichen Anpassung und Entfristung der Geltungsdauer von Vorschriften des Landesrechts aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz. Vom 25. November 2015 .....	959
Verordnung zur Entfristung und Anpassung von Verordnungen im Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung und Kultur. Vom 2. Dezember 2015 .....	960
Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Erhebung von Beiträgen für die Arbeitskammer des Saarlandes. Vom 26. November 2015 .....	963

---

**147 Verordnung über das Naturschutzgebiet  
„Wiesenlandschaft bei Überroth“  
(N 6407-307/Teilflächen 1 und 3)**

Vom 25. November 2015

Aufgrund des § 20 Absätze 1 und 3 des Saarländischen Naturschutzgesetzes vom 5. April 2006 (Amtsbl. S. 726) in Verbindung mit § 22 Absätze 1 und 2, §§ 23 und 32 Absätze 2 und 3 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542) in der jeweils geltenden Fassung verordnet das Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz:

**Präambel**

Natura 2000-Gebiete sind Bestandteil eines europaweit verpflichtenden Schutzgebietsnetzes zum Schutz besonderer Lebensräume und Arten. Die Mitgliedstaaten haben für ihren Anteil an Natura 2000-Gebieten Maßnahmen zu ergreifen, um diese Gebiete als besondere Schutzgebiete endgültig unter Schutz zu stellen.

Ziel der FFH- und Vogelschutzrichtlinie ist der länderübergreifende Schutz gefährdeter wild lebender Pflanzen- und Tierarten zur Erhaltung der biologischen Vielfalt (Biodiversität), das heißt der Vielfalt der Arten, der genetischen Vielfalt und der Vielfalt der Ökosysteme.

Ziel der Natura 2000-Gebiete ist ausdrücklich nicht die Aufgabe der Nutzung, sondern der Erhalt artenreicher, naturnah bewirtschafteter Kulturlandschaften mit ihrer hohen Artenvielfalt. Die Landbewirtschaftung ist also erwünscht und oftmals notwendig, um den „günstigen Erhaltungszustand“ der natürlichen Lebensräume und Arten zu gewährleisten.

Der Betrachtungs- und Beurteilungszeitraum begann dabei jeweils mit der Anerkennung eines Natura 2000-Gebietes durch die EU-Kommission.

Grundstückseigentümer und Bewirtschafter haben die Aufgabe, durch eine verantwortliche Nutzung der Flächen dazu beizutragen, dass sich der ökologische Zustand nicht verschlechtert (Verschlechterungsverbot).

Die Wahrung des günstigen Erhaltungszustandes wird vorrangig durch Regelungen zur Bewirtschaftung in der Verordnung gesichert. Die weiteren Erhaltungsziele – Wiederherstellung und Entwicklung eines günstigen Erhaltungszustandes – sollen in erster Linie durch einen mit den Bewirtschaftern abgestimmten Managementplan erreicht werden.

Ein wirkungsvolles Gebietsmanagement ist für den erfolgreichen Schutz der Lebensräume und Arten unverzichtbar.

Regelungen, die die Landbewirtschaftung einschränken, werden durch finanzielle Hilfen für die Bewirtschafter sinnvoll ergänzt.

Die Europäische Union eröffnet durch die Verabschiedung der Agenda 2000 finanzielle Möglichkeiten für landwirtschaftliche Betriebe, die durch eine naturschutzgerechte Wirtschaftsweise auch in FFH- und Vogelschutzgebieten zur Erhaltung von Lebensraumtypen und Arten beitragen.

Fördermöglichkeiten bestehen grundsätzlich durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) und das Finanzierungsinstrument für die Umwelt (LIFE).

Um den an die Natura 2000-Gebiete gestellten Erwartungen gerecht zu werden, ist in den Natura 2000-Richtlinien geregelt, dass alle sechs Jahre in den Mitgliedstaaten eine Berichterstattung über den Erfolg der in den FFH-Gebieten durchgeführten Schutzmaßnahmen erfolgen muss.

Dieser Bericht muss zudem die wichtigsten Ergebnisse des allgemeinen Monitorings beinhalten. Kommt ein Mitgliedstaat seinen aus den europäischen Richtlinien erwachsenen Verpflichtungen nicht nach, existiert ein EU-rechtliches Kontroll- und Sanktionsinstrumentarium in Form von Beschwerde- und Vertragsverletzungsverfahren.

**§ 1  
Schutzgebiet**

(1) Das Natura 2000-Gebiet „Wiesenlandschaft bei Überroth“ (6407-307) besteht aus 5 Teilflächen mit einer Gesamtgröße von ca. 287 ha. Die Teilflächen 1 und 3 werden unter der Bezeichnung „Wiesenlandschaft bei Überroth“ (N 6407-307) als Naturschutzgebiet und die Teilflächen 2, 4 und 5 unter der Bezeichnung „Wiesenlandschaft bei Überroth“ (L 6407-307) als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen.

(2) Das im Folgenden näher bestimmte Gebiet mit einer Größe von ca. 131 ha wird zum Naturschutzgebiet erklärt. Es trägt die Bezeichnung Naturschutzgebiet „Wiesenlandschaft bei Überroth“ (N 6407-307) und ist Teil des Netzes Natura 2000 (§ 31 Bundesnaturschutzgesetz) als Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung gemäß der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen (ABl. L 206 vom 22.7.1992 S. 7) in der derzeit geltenden Fassung.

Das Schutzgebiet liegt in der Gemeinde Nonnweiler, Gemarkung Mühlfeld, der Gemeinde Tholey, Gemarkungen Hasborn-Dautweiler und Überroth-Niederhofen, und der Stadt Lebach, Gemarkung Dörsdorf. Das Schutzgebiet gliedert sich in ein nördliches Teilgebiet, zwischen den Orten Primstal und Dautweiler, und ein südliches Teilgebiet mit Flächen nördlich und westlich des Ortes Dörsdorf.

(3) Das Schutzgebiet ist in der anliegenden Übersichtskarte, die Bestandteil dieser Verordnung ist, durch schwarze Umrandung gekennzeichnet. Die flurstückgenaue Abgrenzung ist in Detailkarten 1:2.000 mit Flurstücknummern und Randsignatur, die ebenfalls Bestandteil dieser Verordnung sind, wiedergegeben. Diese Karten und der Verordnungstext werden im Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz – Oberste Naturschutzbehörde –, Saarbrücken, verwahrt. Eine weitere Ausfertigung befindet sich bei der Stadt Lebach, der Gemeinde Nonnweiler und der Gemeinde Tholey. Verordnungstext und Karten können bei den genannten Stellen eingesehen werden.

durch den SaarForst Landesbetrieb im Einvernehmen mit der Obersten Naturschutzbehörde oder der von ihr beauftragten Stelle. Im Bereich der Zweckverbände für die Durchführung von Naturschutzgroßprojekten erfolgt die Erstellung der Managementpläne im Benehmen mit den Zweckverbänden und dem Bundesamt für Naturschutz.

(2) Der Managementplan stellt darüber hinaus freiwillige weitergehende Maßnahmen und Nutzungen dar.

(3) Die jeweils geltende Fassung des Managementplans ist durch die Oberste Naturschutzbehörde oder die von ihr beauftragte Stelle entsprechend zu kennzeichnen und dauerhaft zu verwahren.

(4) Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen, die in einem Managementplan nach Absatz 3 enthalten sind, werden unter Aufsicht der Obersten Naturschutzbehörde oder der von ihr beauftragten Stelle durch diese oder in deren Auftrag, im Bereich des Staatswaldes auch durch den SaarForst Landesbetrieb und im Bereich der Zweckverbände für die Durchführung von Naturschutzgroßprojekten auch durch die Zweckverbände durchgeführt. Von einem Managementplan nach Absatz 3 abweichende Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen bedürfen der vorherigen Zulassung durch die Oberste Naturschutzbehörde oder der von ihr beauftragten Stelle. Bei Verpachtung der im Eigentum der Städte und Gemeinden, Zweckverbände zur Durchführung von Naturschutzgroßprojekten, des Landes oder des Bundes befindlichen Grundstücke und bei vertraglichen Vereinbarungen zur Förderung der Nutzung sind die Vorgaben des Managementplans für die betroffene Fläche zu beachten und in den Pachtvertrag aufzunehmen.

## § 6

### Ausnahmen, Anordnungsbefugnis

(1) Die Oberste Naturschutzbehörde kann für eine vor Inkrafttreten dieser Verordnung rechtmäßig durchgeführte Nutzung Ausnahmen von Beschränkungen und Maßgaben nach § 3 sowie von der Unzulässigkeit gemäß § 4 zulassen, wenn dadurch der Schutzzweck nicht beeinträchtigt wird.

Für sonstige Maßnahmen geringen Umfanges kann die Oberste Naturschutzbehörde Ausnahmen zulassen, wenn dadurch der Schutzzweck nicht beeinträchtigt wird.

§ 67 des Bundesnaturschutzgesetzes bleibt unberührt.

(2) Handelt es sich um ein Projekt im Sinne des § 34 des Bundesnaturschutzgesetzes oder um einen Plan im Sinne des § 36 des Bundesnaturschutzgesetzes, sind die diesbezüglichen Verfahrensregelungen des Saarländischen Naturschutzgesetzes anzuwenden.

(3) Soweit durch Maßnahmen oder Handlungen eine Beeinträchtigung des Erhaltungszustandes des Lebensraumtyps oder der Art eingetreten ist oder begründet zu erwarten ist, kann das Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz Anordnungen treffen, um die Erhaltung oder Wiederherstellung des Erhaltungszustandes sicherzustellen.

## § 7

### Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 52 Absatz 1 Nummer 5 des Saarländischen Naturschutzgesetzes handelt, wer in dem Schutzgebiet vorsätzlich oder fahrlässig gegen Regelungen der §§ 3 oder 4 verstößt.

## § 8

### Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung im Amtsblatt des Saarlandes in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung über das Naturschutzgebiet „Oberes Wiesbachtal“ vom 7. Juli 1988 (Amtsbl. S. 624) und die Verordnung über das Naturschutzgebiet „Steinbachaue bei Dörsdorf“ vom 10. Oktober 1991 (Amtsbl. S. 1138) in der jeweils geltenden Fassung außer Kraft. Auf den in § 1 dieser Verordnung bezeichneten Flächen tritt gleichzeitig die Verordnung über die Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten im Landkreis St. Wendel vom 12. August 1976 (Amtsbl. S. 905) und die Verordnung über die Landschaftsschutzgebiete im Landkreis Saarlouis vom 31. März 1977 (Amtsbl. S. 405) in der jeweils geltenden Fassung außer Kraft.

Saarbrücken, den 25. November 2015

**Der Minister für Umwelt  
und Verbraucherschutz**

Jost



